

axel schubert

axel schubert - klybeckstr. 65 - ch-4057 basel

dipl.-ing. architektur
bauassessor - stadtplaner

Offener Brief

an die Projektpartner/ den Lenkungskreis von S21
BRD (Bundeskanzlerin, Verkehrsminister)
Deutsche Bahn AG (Vorstandsvorsitzender)
Land Baden-Württ. (Ministerpräsident, Verkehrsministerin)
Verband Region Stuttgart (Regionaldirektorin)
Landeshauptstadt Stuttgart (Oberbürgermeister)

klybeckstr. 65
ch-4057 basel

tel: +41 / (0)61 681 2075
e-mail: axsc@gmx.net

basel, den 6. okt. 2010

Stuttgart 21: zur Wiedererlangung der Gesprächsfähigkeit

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Minister Ramsauer
Sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzende Grube
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus, sehr geehrte Frau Ministerin Gönner
Sehr geehrte Frau Regionaldirektorin Wopperer
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuster

Als einer von vielen, die nicht erst seit dem 30.9. mit Schmerzen die Stuttgarter Entwicklungen verfolgen, gestatte ich mir, Sie gemeinsam anzuschreiben. Denn **Sie gemeinsam als VertreterInnen der öffentlichen Hand halten den Schlüssel zur Erlangung der Gesprächsfähigkeit in Ihren Händen.**

Offensichtlich ist die Situation verfahren. Sie wännen sich mit planfestgestellten Teilabschnitten demokratisch legitimiert und stellen entsprechend kategorische Bedingungen an Gespräche, die höchstens die Ausgestaltung von S21 zum Thema haben könnten. Gebetsmühlenartig reichen Sie diesbezüglich zum Dialog Hand. Und auch die Gegenseite weiß, dass Parlamente mehrheitlich für S21 entschieden. Sie mahnt aber an, Repräsentativumfragen Gehör zu schenken, die keine Mehrheiten zu S21 ergaben. Sie mahnt insbesondere an, jenes Wissen in die Abwägungen zu S21 einzustellen, das offensichtlich den politischen Repräsentanten zum Zeitpunkt der Entscheidungen nicht bekannt war, aber hinsichtlich eines rechten Ermessens berücksichtigt gehörte.

Ist Ihnen bewusst, welche projekttypische Linie Sie mit Ihren Gesprächsangeboten nun fortsetzen?

Bereits die Spielregeln der Offenen Bürgerbeteiligung zu S21 – die explizit verboten, Alternativen zu S21 zu diskutieren – wurden gegen den Wunsch der engagierten BürgerInnen diktiert. Einer gesellschaftlichen Diskussion um Alternativen wurde weder zuvor noch anschliessend ein Raum gegeben, der der Bedeutung des Umbaus des Bahnknotens für Stadt und Region, hätte entsprechen können. Argumentieren Sie nun, dass doch alles rechtsstaatlich legitimiert sei, so ist die Argumentation – wenn nicht Zeichen strategischer Rationalität – ein Ausweis eines fatalen Unverständnisses. (Eines, das erst zu den z.T. Schwerverletzten von vergangener Woche führen konnte.) Rechtsstaatlich ausreichend legitimiert und mehrheitlich als rechtens empfunden, sind – wie die Realität ganz offensichtlich zeigt – zwei paar Dinge. Diese Diskrepanz jedoch nicht als unmündiges Empfinden mancher zu diffamieren setzt voraus, die so empfindenden Menschen ernst zu nehmen.

Jenseits jeglicher inhaltlicher Diskussion: Ihnen fehlt in höchstem Maße Vertrauen. Herr OB Schuster, dies wurde z.B. mit der offenen Bürgerbeteiligung verspielt, mit nicht zustande gekommenen Bürgerbegehren, mit dem uneingelösten Versprechen gegenüber Boris Palmer, oder mir gegenüber an der Bürgerversammlung Mitte vom 4.2.02, an der Sie sich außer Stande sahen, auf inhaltlich konkrete Fragen einzugehen und statt dessen schweigend den Abend beendeten (Ihrem Angebot einer nachgängigen schriftlichen Antwort wichen Sie dann wegen Personalmangels aus). Das Vertrauen wurde verspielt, mit zurückgehaltenen Gutachten (z.B. SMA) oder Kostenbereinigungen durch Kürzungen des Leistungsauftrags (12/2009). Ihre Grundrechte wahrnehmende, friedvoll Protestierende werden marginalisiert (Anzahl), delegitimiert (Hr. Grube: „ein Recht auf Widerstand ... gibt es nicht“), als undemokratisch diskreditiert und als gewalttätig kriminalisiert. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel, dazu aufrufen, der Protest solle friedvoll bleiben, so ist das Hohn in den

Ohren aller, denen das hohe Gewaltpotenzial, das allein schon vom Baufortschritt ausgeht, bewusst ist. **Die Menschen wissen, dass Sie gemeinsam hier nicht wirklich auf der Suche nach friedvollen Lösungen sind oder schlicht Ihre Beurteilung der Situation von einem hohen Maße an Unkenntnis gekennzeichnet ist.**

Mit Ihrer Forderung, die Gegenseite solle sich bedingungslos an den Tisch setzen, widersprechen Sie sich schon dann selbst, wenn Sie sogleich die Gründe der hohen Kosten des bereits fortgeschrittenen Baus ins Spiel bringen, ohne zu versuchen, diese Kosten durch den Stopp des Baufortschritts oder weiterer Vergabeverfahren gering zu halten. **Warum sollte ein derart selbstwidersprüchlicher Dialogpartner dennoch von der Gegenseite als glaubwürdig anerkannt werden?**

Und selbst wenn Sie logischer argumentierten: **Was bieten Sie, um Vertrauen zurückzuerlangen, um Ihre Ernsthaftigkeit an Gesprächen zu signalisieren?** Ihr Misskredit ist derart tief in das Bewusstsein der BürgerInnen auf der Strasse eingeschrieben, **dass es mit einem ausschmückenden Scheindialog zu S21 nicht getan sein können kann.** In dieser verfahrenen Situation werden selbst Teilbaustopps Ihre Glaubwürdigkeit solange nicht rehabilitieren, solange sie von den Dialogpartnern primär als symbolische Akte anstatt als ausreichendes substanzielles Zugeständnis gelesen werden. Ihre diesbezügliche Bringschuld ist enorm.

Es handelt sich um einen politischen Konflikt, indem die (gewählten) Repräsentanten ganz offensichtlich nicht die Stimme des Volkes repräsentieren. Doch hier auf die Wahl im März zu verweisen, trägt im Kern weiter zum Problem bei. Die Gewalt geht grundgesetzlich resp. nach Landesverfassung vom Volk und dabei auch durch Abstimmungen aus. S21 ist jenseits von Wahlen auszuhandeln und so offenbart Ihr Verweis auf die Wahl, Frau Bundeskanzlerin Merkel, ein gefährliches Instrumentalisieren demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten: Wahlen sind weder für die Abstimmung von Einzelthemen gedacht, noch dazu geeignet! **Durch eine Wahl kann S21 nicht legitimiert werden!** Egal wie die Wahl ausgeht, bei möglichem späteren Baufortschritt werden die Gegner zu Recht und mit noch mehr Zorn auf die Straße gehen. Schüren Sie keine Hoffnungen, indem Sie falsche Mittel zur Problemlösung anbieten! Damit missachten Sie nicht nur die Regeln demokratischer Kultur, Sie legen vielmehr schon heute den Grundstein für ein aufgeheiztes Klima nach kommendem März. Wozu?

Wann und wo machen Sie nun wem gegenüber transparent, dass offensichtlich weder erhebliche Abwägungsmängel bei den Planfeststellungsbeschlüssen vorliegen, noch die Geschäftsgrundlagen der Finanzierungsvereinbarung verändert sind? Wollen Sie zu diesen Fragen das Volk übergehen, oder **beanspruchen Sie, diese Fragen letztlich durch Vorlage guter Gründe zu belegen?** Letzteres macht jedoch nur dann Sinn, wenn Sie Qualität und Richtigkeit der Gründe überprüfen lassen. Was, wenn andere bessere Gründe hätten? Oder Gründe, die Ihnen selbst bisher unbekannt sind? Dass dies nicht abwegig ist, zeigt die Tatsache, dass Ihnen, Herr Grube und Herr Schuster, noch bis zur Prellbockhebung 2010 das Gutachten des Bundesrechnungshofes des Jahres 2008 (!) unbekannt war.

Da alle inhaltlichen Fragen solche für einen gemeinsamen Dialog sind, möchte ich diese mit samt der dahinter stehenden Philosophien nicht weiter thematisieren. Auch Fragen um wirtschaftliche Verstrickungen (z.B. Bürgermeister Fölls Beiratstätigkeit, oder das Interesse eines hohen Investitionsvolumens der DB AG) sind für das Verständnis von S21 zwar unabdingbar, **im Kern des politischen Konflikts geht es jedoch um mehr: nämlich um Ihr Politikverständnis, das von Menschen unterschiedlicher Wertigkeit ausgeht.** Und dabei zielt Ihre Politik in einem Akt – der zwischen Ignoranz, Arroganz und falschem Paternalismus oszilliert – offensichtlich auf die „Wertvolleren“ und neigt dazu, alle andern zu übersehen: zivilgesellschaftlich friedvoll Protestierende sind weniger Wert, als solche, die sich in Alibi-Bürgerbeteiligungen einbringen; NahverkehrspendlerInnen sind weniger Wert, als Fernverkehrsreisende. Oder – aus einem andern Bereich doch für Ihre Klassierung von Menschen umso augenfälliger: Auch Homosexuelle sind wohl weniger Wert – insofern Sie sich Herr Ministerpräsident Mappus, wiederholt geringschätzend über sie äußerten oder Sie, Herr Oberbürgermeister Schuster, lange dazu beitrugen, dass deren Partnerschaften in Stuttgart nur am Rande der Stadt einzutragen waren. Darum frage ich: **Sind alle ProjektpartnerInnen im Denken ernsthaft gewillt, von Menschenbildern Abstand zu nehmen, mit denen dazu eigens bestimmte Menschen geringer als andere geschätzt werden? Denn indem Sie Menschen in ihren Anliegen weder ernst nehmen, noch ihnen Vertrauen schenken, werden Sie den Protest in Stuttgart nicht annähernd begreifen und kaum in der Lage sein, Frieden effektiv zu befördern.**

Ich bitte Sie daher: Handeln Sie gemeinsam. Handeln Sie nicht selbstwidersprüchlich. Werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber dem Frieden gewahr und der Gewaltanwendung, die allein schon im unangemessenen Baufortschritt und dem Schaffen weiterer Tatsachen liegt, durch die Sie die Menschen nicht ernst nehmen. Zeigen Sie diesbezüglich einen politischen Weg auf, der gangbar und glaubhaft ist. Verstecken Sie sich nicht weiter hinter selbstkonstruierten Argumenten des Sachzwangs und einem Schleier von Demokratie: denn Demokratie ist erst, wenn sie gewagt und gelebt wird.

Hochachtungsvoll,

Axel Schubert

- Verteiler:
- Frau Bundeskanzlerin Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
 - Herr Verkehrsminister Raumsauer
BMVBS
Dienstgebäude Invalidenstraße 44
10115 Berlin
 - Herr Vorstandsvorsitzender Grube
Deutsche Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin
 - Herr Ministerpräsident Mappus
Staatsministerium Baden-Württemberg
Büro des Ministerpräsidenten
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart
 - Frau Ministerin Gönner
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart
 - Herr Oberbürgermeister Schuster
Rathaus
Marktplatz 1
70173 Stuttgart
 - Frau Regionaldirektorin Wopperer
Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

- Kopie (eMail):
- ProStuttgart21 e.V.
 - Aktionsbündnis K21
 - div. / Medien